

Inga Nitz

in der Bremischen Bürgerschaft am 16. Juni 2010

**Rede zur Aktuellen Stunde
„Schwarz-gelbe Sparorgien - Anschlag auf sozialen Frieden und Demokratie“**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren.

Luxus versus Armut – Noch nie war in der Geschichte der Bundesrepublik die Kluft zwischen arm und reich größer als in der heutigen Zeit.

Mit dem Vorwand, Deutschland aus der Schuldenkrise führen wollen, haben CDU/CSU und FDP ein gigantisches Kürzungspaket beschlossen. Bisher ist mit keinem Wort erwähnt, die Verursacher der Spekulationen und die Abzocker zur Kasse zu bitten. Das ist ein Skandal!!!

Mit dem beschlossenen Sparpaket hat die Bundesregierung alle Masken fallen lassen. Was hier umgesetzt werden soll, ist mehr als ein Stich ins Herz unseres Gemeinwesens – hier wird unserer Gesellschaft der Todesstoß versetzt. Diejenigen, die sich am wenigsten wehren können, sollen die Hauptlast der Krise tragen. Die Bundesregierung belügt uns seit Monaten! Das „Sparpaket“ ist weder „gerecht“ noch „ausgewogen“, wie uns Merkel, Westerwelle und Schäuble gebetsmühlenartig weismachen wollen. Millionäre zahlen nichts, während die Ärmsten am meisten bluten sollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir erleben hier die brutalste Umverteilungssorgie in der Geschichte der Bundesrepublik! Sie ist zudem geprägt von einem unglaublichen Maß an Hochmut und Arroganz!

Meine Damen und Herren, deutlicher als mit den aktuellen Plänen hätte Schwarz-Gelb nicht eingestehen können, dass sie keine Antworten auf die Auswirkungen einer globalisierten Welt haben. Wie gewohnt wird weiter die eigene Klientel bedient und in der Öffentlichkeit mit Rechenricks jongliert. Dass sie mit ihren Maßnahmen vielen Bürgerinnen und Bürgern jede Zukunftsperspektive verbaut und gleichzeitig die daraus resultierenden Kosten auf die nächste Generation schieben, ist ein Armutszeugnis für diese Politik.

Sie zementieren die soziale Ungleichheit und sehen zu wie sich unsere Gesellschaft weiter entsolidarisiert.

Eingesperrt in der eigenen Wagenburg, hat die Bundesregierung längst jeden Bezug zu den Lebensrealitäten in Deutschland verloren.

So soll Hartz-IV-EmpfängerInnen das Elterngeld gestrichen werden, mit der Begründung, es sei eine Ersatzleistung für den Gehaltsausfall während der Babypause. Doch viele Hartz-IV-BezieherInnen, sind erwerbstätig. Allerdings ist ihr Einkommen so gering, dass sie ohne staatliche Unterstützung nicht auskommen. Wenn diese nun ihre Erwerbstätigkeit nach einer Geburt unterbrechen, bekämen sie dann - trotz ihrer Berufstätigkeit - kein Elterngeld?

Noch härter trifft es die Alleinerziehenden. 43 Prozent aller Mütter, die ihre Kinder allein erziehen, sind auf Hartz IV angewiesen. Für sie ist das Elterngeld eine Möglichkeit, das betreuungsintensive erste Jahr mit Kind finanziell zu überstehen. Eines ist sicher:

Ohne die Unterstützung durch das Elterngeld für diese Menschen werden die Geburtenzahlen weiter sinken. Und angesichts der demografischen Entwicklung sollten wir uns sehr gut überlegen, ob wir tatsächlich noch weniger Kinder wollen.

Auch bei der Streichung des Rentenzuschusses für Hartz-IV-EmpfängerInnen braucht es nicht viel Fantasie, um sich die Folgen auszumalen. Das Risiko der Altersarmut steigt an, ebenso wie die Zukunftsangst. Und letzten Endes müssen die entstandenen Löcher in der Rentenkasse mit Steuermitteln gestopft werden - also reine Luftbuchungen.

Ein weiteres großes Fragezeichen muss man vor die Pläne zur Arbeitslosenversicherung setzen, die in Zukunft ohne Darlehen oder Zuschüsse auskommen soll. Dies wäre nur durch die weitere Erhöhung des Beitragssatzes möglich. Also eine weitere Belastung, die vor allem kleine Einkommen trifft.

Auch die übrigen Sparpläne wie die Streichung der Zuschläge beim Übergang vom Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II, der Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen sowie dem Wegfall des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger werden vor allem zwei Resultate bringen:

Erstens: Die sozialen Problemlagen, besonders in Bundesländern wie Bremen, werden enorm verschärft. Dies geschieht zum einen direkt, indem für Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, kaum genug bleibt, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Zum anderen reproduziert sie Armutsverhältnisse in Familien, da in Deutschland die Bildungschancen eines Kindes ganz massiv vom Einkommen der Eltern abhängt.

Zweitens: Die kurzfristigen Sparpläne werden uns in Zukunft ein Vielfaches dessen kosten, was sie heute an Einsparungen auf dem Papier einbringen. Dazu gehören auch Maßnahmen, die nicht offiziell zum Sparpaket gehören. Maßnahmen, die aber dennoch eine Folge der Milliardenzahlungen der Bundesregierung an die Banken im Kielwasser des Finanzcrashs sind. Wenn nach und nach Bremens Tafelsilber verscherbelt wird - wir haben noch nicht vernommen, dass unsere hiesige CDU und FDP ihre Privatisierungsvorstellungen der Gewoba oder der Bremer Abwasserentsorgung von der Tagesordnung gestrichen haben - werden die Bremerinnen und Bremer schon bald die Zeche zahlen müssen.

Es könnte schon fast Mitleid erwecken, wie unfähig sich schwarz-gelb zeigt. Die Koalition ist eine einzige Katastrophe und versucht mit unsäglichen Mitteln ihre Handlungsunfähigkeit zu verschleiern. Überdeutlich wird dies wenn man betrachtet, dass es die Schwächsten am härtesten treffen soll: Menschen die auf Hartz-IV angewiesen sind. Sie haben keine Lobby und gehören auch kaum zur Stammwählerschaft von CDU und FDP.

Wenn selbst der CDU-Wirtschaftsrat Maßnahmen wie beispielsweise die Anhebung des Spitzensteuersatzes fordert, um das Sparpaket sozial ausgewogener zu gestalten, sollte auch dem letzten Koalitionär klar werden, wie kurzsichtig und verantwortungslos die eigenen Pläne sind.

Dabei liegen die Werkzeuge für eine sozialverträgliche Lösung schon auf dem Tisch:

Eine gerechte Erbschaftsteuer,
Eine Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer,
Die Wiedereinführung der Vermögensteuer,
Und eine Finanztransaktionssteuer.

Dies wäre auch im Interesse der Schwarzgelben Koalition, um sich etwas von ihrer Glaubwürdigkeit zurückzuholen, die sie mit Beschlüssen wie der Steuersenkung für Hoteliers verloren haben.

Wenn wir jedoch an den falschen Stellen sparen, wird es uns in einigen Jahren teuer zu stehen kommen. Gerade Bremen braucht eine aktive Bildungs- und Sozialpolitik, um eines Tages wieder auf eigenen Beinen stehen zu können. Wenn Schulen und Hochschulen unterfinanziert sind und soziale sowie kulturelle Einrichtungen schließen, werden die Folgen für Bremen katastrophaler sein als jede Finanzkrise. Mit Kürzungen werden wir keine Probleme lösen, sie führen uns nur noch tiefer in die Sackgasse. Deshalb ist auch die selbstverordnete Schuldenbremse für Bremen nicht tragbar.

Meine Damen und Herren, wer sich nicht mehr für das Wohl der Menschen in diesem Land, sondern nur noch für das eigene Wählerklientel und den Erhalt der Koalition interessiert, begeht einen gewaltigen Fehler. Denn auf dem Spiel steht nichts Geringeres als der soziale Frieden in Bremen und Deutschland.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.